

Chronik des Rentenbetruges

Vor der Bundestagswahl leugnete die Bundesregierung die seit langem erkennbaren Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung und diffamierte die Opposition, die immer wieder warnend darauf hinwies. Nach der Bundestagswahl gesteht sie das volle Ausmaß der Rentenmisere nach und nach ein. Nur eine gewaltige Protestwelle verhindert, daß sie ihr immer wieder gegebenes Wahlversprechen bricht, die Renten ab 1. Juli 1977 um 10 v. H. zu erhöhen.

Jetzt will die Bundesregierung zum zweiten Mal ihr den Rentnern gegebenes Wort brechen. Sie will die Renten Anpassung von der Einkommensentwicklung abkoppeln. Die SPD/FDP will die Rentenhöhe zum Gegenstand politischer Willkür machen. Ihre Versprechen, die sie einmal vor der Bundestagswahl gegeben hat und die sie im vergangenen Jahr ständig wiederholte, dürfen nicht vergessen werden.

Chronologie

Vor der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976

Für die Bundesregierung gibt es keinerlei ernsthafte Schwierigkeiten in der Rentenversicherung. Den Unionsparteien, die immer wieder auf die äußerst bedrohliche Lage der Rentenfinanzen hingewiesen haben, wird Angst- und Panikmache vorgeworfen. Sie werden einer unchristlichen Kampagne bezichtigt.

„Die Rentenpolitik der Bundesregierung ist solide. Die Renten sind gesichert... Manchmal frage ich mich, welche Lügen die Union noch im Namen Jesu Christi austreuen wird.“ (Helmut Schmidt am 27. März 1976, Schwäbische Zeitung)

„Die Renten sind nicht in Gefahr.“ (Walter Arendt am 4. Mai 1976, Die Welt, vom 15. Januar 1977)

„Die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherungsträger ist nicht gefährdet. Diejenigen, die mit viel Getöse eine finanzielle Krise vorausgesagt haben, müssen sich

heute den Vorwurf gefallen lassen, daß sie die Rentner und die Versicherten mit falschen Behauptungen unnötig verunsichert haben. Ich habe die herzliche Bitte: Stellen Sie das endlich ein!“ (Walter Arendt am 14. Mai 1976, Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages)

„Wir sagen den Alten: Laßt Euch Euer Selbstbewußtsein nicht ankratzen. Ihr habt Euch Euren Anspruch auf die Solidarität der Gemeinschaft selbst erarbeitet. Ihr könnt Euch weiterhin auf uns verlassen.“ (Willy Brandt im Juni 1976, Wirtschaftswoche Nr. 8, vom 17. Februar 1978)

„Zu dem Empörendsten der letzten Monate gehörte, wie von interessierter Seite versucht wurde, den Rentnern Angst einzuflößen. Wir sagen den Alten: Ihr könnt Euch weiterhin auf uns verlassen.“ (Willy Brandt am 19. Juni 1976, Die Welt, vom 15. Januar 1977)

„Es besteht überhaupt nicht der geringste Anlaß zu irgendwelchen Eingriffen in das Rentenrecht. Das gilt für die Beitragsseite, und das gilt genauso für die Leistungsseite.“ (Walter Arendt am 1. Juli 1976 im Deutschen Bundestag)

„Billigste Polemik, um die Wahrheit zu verschleiern und statt dessen Krisenstimmung in der Bevölkerung zu erzeugen.“ (Eugen Glombig am 9. Juli 1976 im Pressedienst der SPD)

„Die Wahrheit aber ist: Die Renten sind auch in Zukunft sicher... Es ist inzwischen offensichtlich, daß die Finanzlage der Rentenversicherung besser ist.“ (Holger Börner am 24. Juli 1976 im Südwestfunk II)

„Die Renten sind sicher, und Walter Arendt hat verkündet, daß sie im nächsten Jahr um 10 v. H. angehoben werden. Diese Anhebung wird auch mit Sicherheit kommen. Die Beiträge werden nicht erhöht, die Renten sind sicher, die Bruttolohnbezogenheit dieser Renten bleibt, die Leistungsbezogenheit dieser Renten bleibt, und die regelmäßige Anpassung der Renten bleibt.“ (Helmut Schmidt am 26. August 1976 in Quick)

„Wir werden dafür sorgen, daß die bruttolohnbezogene Rente unangetastet bleibt. Kein Arbeitnehmer braucht Beitragserhöhungen zu fürchten.“ (Walter Arendt im September 1976, Wirtschaftswoche Nr. 8, vom 17. Februar 1978)

„Ich finde es anständig und übrigens auch unchristlich, älteren Menschen, Rentnerinnen und Rentnern Angst zu machen, daß die Rente nicht sicher sei... gibt's überhaupt keine Zweifel für mich, daß die Renten sicher sind...“ (Helmut Schmidt am 9. September 1976, ZDF „Bürger fragen — Politiker antworten“)

„... das bedeutet, daß es bei der für das kommende Jahr vorgesehenen Rentener-

höhung von zehn Prozent bleibt.“ (Hans-Dietrich Genscher am 22. September 1976)

„Nein, meine Damen und Herren, die Renten sind nicht nur sicher, sie werden im nächsten Jahr um 10 % steigen.“ (Hans Friderichs am 26. September 1976 bei Wahlkundgebungen)

„... lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen. Die Renten werden auch künftig der Einkommensentwicklung angepaßt und zum 1. Juli erhöht.“ (Walter Arendt am 29. September 1976, Wahlveranstaltung Lübeck, Lübecker Nachrichten)

„Da gibt es ein Problemchen der Liquidität der Rücklagen. Dieses Problemchen ist leicht zu lösen.“ (Helmut Schmidt am 30. September 1976, Fernsehdiskussion im DFS/ZDF)

„Zu Änderungen des Rentensystems besteht kein Grund. Die bruttolohnbezogene Rente bleibt.“ (Helmut Schmidt am 30. September 1976, Die Welt, vom 13. Februar 1978)

„Die Renten sind und bleiben sicher.“ (Helmut Schmidt am 30. September 1976, Die Welt, vom 14. Februar 1978)

Nach der Bundestagswahl

Jetzt geben Politiker und SPD/FDP-Koalition erstmals größere Schwierigkeiten bei der Rentenfinanzierung zu. Das „Problemchen“ wird zum „dicksten Problem“.

„Der Bundeskanzler bezeichnet die Konsolidierung der Krankenversicherung als ‚dickstes Problem‘. Er kündigt an: ‚Dabei geht es nicht ohne harte Schritte ab.‘ Die Arbeitnehmer hätten die Grenze der Belastbarkeit erreicht, ‚es darf ihnen nicht noch mehr abgezogen werden.‘“ (7. November 1976, Die Welt, vom 8. November 1976)

„Die neuen langfristigen Finanzberechnungen des Bundesarbeitsministeriums bestätigen jetzt ebenfalls, daß die Rentenversicherung ohne Eingriffe in das Leistungs- oder Beitragsrecht nicht mit dem heutigen Beitragssatz von 18 Prozent zu finanzieren ist.“ (27. Oktober 1976, Frankfurter Allgemeine Zeitung)

„Das volle Ausmaß der Rentenkrise mußte sich Arbeitsminister Arendt jetzt von seinen eigenen Beamten bestätigen lassen. Was sie ausgerechnet haben, kommt einem amtlichen Offenbarungseid gleich.“ (31. Oktober 1976, Welt am Sonntag)

Gleichzeitig versuchen jedoch andere Politiker, weiterhin die Lage zu vertuschen und den Rentnern Sicherheit vorzutäuschen.

„Es besteht ... kein Anlaß, Elemente der Rentenversicherung wie Beitragssatz, Beitragshöhe und Leistungsrecht zur Diskussion zu stellen.“ (Regierungssprecher Grünewald am 22. Oktober 1976, Rheinischer Merkur)

„Die Union treibt ein unverantwortliches Geschäft mit der Angst.“ (Helmut Schmidt am 22. Oktober 1976, Rheinischer Merkur)

ERSTER WORTBRUCH

Die vor der Wahl fest versprochene Rentenerhöhung wird um ein halbes Jahr verschoben.

„Laut dpa wurde beschlossen:

- Die Sozialrenten werden erst ab 1. Januar 1978 um 10 % erhöht;
- nach der nächsten Anpassung um 10 % sollen die weiteren alljährlichen Anpassungen der Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter folgen;
- ein Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung wird nicht erhoben.

Von der SPD wird diese Entscheidung indirekt bestätigt. Ein Sprecher sagt, die Koalitionspartner hätten sich auf eine Lösung geeinigt, die die Voraussetzung schaffe für eine langfristige Konsolidierung und Sicherung der Rentenversicherung.“ (8. Dezember 1976, Bundespresseamt, Nachrichtenspiegel Inland I, vom 9. Dezember 1976)

Ein Proteststurm bricht unter den betroffenen Bürgern aus. Empörung gegen den Bruch der Wahlversprechen wird überall laut. Man spricht von Betrug am Wähler und von Rentenskandal. „So heftig hatten wir diese Ablehnung nicht erwartet.“ (Helmut Schmidt am 16. Dezember 1976)

Der anhaltende Proteststurm und die klare Haltung der CDU/CSU machen erneute Koalitionsverhandlungen erforderlich und zwingen die Regierung zum Rückzug. Die Renten werden zum 1. Juli 1977 erhöht.

Aber die nächste fällige Rentenanpassung wird auf den 1. Januar 1979 verschoben.

Helmut Schmidt stellt die neuen Vereinbarungen in seiner Regierungserklärung am 16. Dezember 1976 mit den Worten vor: „Eine Regierung ist nicht unfehlbar.“

ZWEITER WORTBRUCH

Weiter verspricht Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung am 16. Dezember 1976:

- „Die laufenden Renten werden ab 1. Januar 1979 jeweils mindestens entsprechend der Steigerung der nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verfügbaren Einkommen der aktiven Arbeitnehmer erhöht werden.
- Die Bruttolohnbezogenheit bei der Festsetzung der Neurenten bleibt.
- Die Beitragssätze zur Rentenversicherung bleiben unverändert.“

Heute will die Regierung keines dieser Versprechen halten.

- Die Renten sollen 1979 nur um 4,5 % erhöht werden. Der Prozentsatz der Rentenanpassung liegt damit um 1 % unter der von der Bundesregierung selbst erwarteten Steigerung des Lebensstandards der Arbeitnehmer.
- Für 1980 und 1981 sind Rentenerhöhungen von 4 % vorgesehen.
- Die Bruttolohnbezogenheit der Neurenten soll bis 1981 ausgesetzt werden.
- Die Rentenversicherungsbeiträge werden ab 1981 erhöht.

Die Rentenanpassungen sollen also von der Einkommensentwicklung abgekoppelt und je nach Kassenlage und politischer Opportunität errechnet werden.

Pläne über Pläne

In der Zeit zwischen diesen massiven Wortbrüchen wird die Bevölkerung überschüttet und verunsichert mit ständig sich ändernden Plänen und Varianten zur Sanierung der Rentenversicherung, von denen die SPD/FDP immer wieder behauptet, sie wären geeignet, die Rentenversicherung zu konsolidieren.

Erster „Sanierungsplan“

„Die Bundesanstalt für Arbeit soll verpflichtet werden, vom 1. Januar 1979 an für alle Leistungsempfänger volle Beiträge zur Rentenversicherung zu zahlen. Die Pflichtgrenze in der Krankenversicherung soll auf die volle Höhe der Rentenversicherungsgrenze angehoben werden.“

Zweiter „Sanierungsplan“

Sozialexperten von SPD und FDP beschließen: „Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung soll zum 1. Juli 1977 auf 2 890,— DM erhöht werden und die Pflichtversicherungsgrenze ebenfalls.“

Und dazu immer wieder Beteuerungen: „Es ist ein in sich ausgewogenes Programm. Es dient sowohl den Interessen der Rentner als auch den Interessen der

Versicherten, und, Herr Kollege Katzer, es ist ein Programm auf Dauer.“ (Ehrenberg am 20. Januar 1977 im Deutschen Bundestag)

„Nach allem, was ich heute sehen kann, ist das Konzept voll belastungsfähig und hält allen heute erkennbaren Risiken stand.“ (Ehrenberg am 14. Januar 1977)

„Nun sei die Rentenversicherung auch bei Schlechtwetterperioden gerüstet. Endlich erhalte jede der drei Säulen der sozialen Sicherheit, die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die ihr entsprechenden Aufgaben und Finanzen. Alle Risiken würden dorthin verlegt, wo sie hingehören.“ (Ehrenberg am 15. Januar 1977 laut Kölner Stadt-Anzeiger)

„Was wir jetzt gezimmert haben, ist dauerhaft.“ (Ehrenberg am 28. April 1977 in der WAZ)

„An dem Prinzip der Bruttolohnbezogenheit der Rentenfestsetzung ändert sich nichts. Es bleibt bei der bruttolohnbezogenen Rente nach einem Drei-Jahres-Durchschnitt des Anstiegs der Löhne und Gehälter.“ (Ehrenberg am 25. Januar 1977)

Am 12. Februar 1977 kommt es endlich nach langem Hin und Her zum Kabinettsbeschuß.

■ „Die Renten werden zum 1. Juli 1977 erhöht. Die darauf folgende Rentenerhöhung erfolgt zum 1. Januar 1979.

■ Die Renten werden nach wie vor auf der Grundlage der Bruttolöhne errechnet und angepaßt.

■ Die Bundesanstalt für Arbeit wird ab 1. Januar 1979 für ihre Leistungsempfänger Beiträge zur Rentenversicherung zahlen.“

„Die Gesetzentwürfe sind geeignet, das umfassende Netz sozialer Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, das die Voraussetzungen bietet für eine dauerhafte politische und gesellschaftliche Stabilität, in seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten und auch unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen wetterfest zu machen. Die Maßnahmen sind sozial gerecht und aufeinander abgestimmt. Die Renten nehmen weiter am wirtschaftlichen Wachstum teil; die Beiträge zur Rentenversicherung werden nicht erhöht; es werden keine allgemeinen Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner eingeführt. Es bleibt bei der dynamischen Rente. Für die Jahre 1979 und 1980 werden auch bei einem schwachen Konjunkturverlauf und einer schwierigen Finanzsituation der Rentenversicherung die Renten mindestens entsprechend dem Anstieg der Nettolöhne und -gehälter angepaßt werden.“ (Ehrenberg am 25. Februar 1977)

Im Laufe der Debatte der Sanierungsgesetze im Deutschen Bundestag ergibt sich ein dritter Sanierungsplan, der als „Sozialpaket“ verabschiedet wird.

Dritter „Sanierungsplan“

„Die Bemessungsgrenze bleibt unverändert. Die Rentenerhöhung 1978 fällt aus. Ab 1. Januar 1979 werden die Renten an die Nettolöhne gekoppelt. Die Anpassung wird aktualisiert, 1974 wird wegen hoher Lohnzuwächse gestrichen.“

„Unsere Zielsetzungen für die vorliegenden Gesetzentwürfe darf ich noch einmal kurz zusammenfassen:

1. Sicherung der Finanzgrundlagen für die dynamische Rente, damit die Rentner auch in Zukunft am weiteren wirtschaftlichen Wachstum teilhaben,
2. Absicherung der Finanzierbarkeit unseres leistungsfähigen und freiheitlichen Gesundheitswesens auch in Zukunft, insbesondere durch Erweiterung des Handlungsspielraums der Selbstverwaltungsorgane von Kassen und Ärzten.
3. Stärkung des Solidarprinzips in Renten- und Krankenversicherung und Stabilisierung des Generationenvertrages.

Diese Zielsetzungen und die gestellten Erwartungen sind durch die Gesetzentwürfe erfüllt worden.“ (Ehrenberg am 31. Mai 1977 im Deutschen Bundestag)

Kurz nach Inkrafttreten des Rentensanierungsgesetzes am 1. Juli 1977 geht der Streit um die Rentenpolitik weiter. Trotz aller Zusagen gibt es in der Koalition keine Einigkeit, ob die bruttolohnbezogene Rente erhalten bleiben oder ob eine Nettoanpassung eingeführt werden soll.

„Der FDP-Abgeordnete Dieter Julius Cronenburg spricht sich für eine nettoähnliche Rentenanpassung aus“ (Die Welt, vom 12. Juli 1977), während ein SPD-Experte dies für „rein technisch“ gar nicht möglich hält. (General-Anzeiger vom 13. Juli 1977)

Darüber hinaus stellt sich bald heraus, daß die Annahmen der Bundesregierung nicht stimmen. Bereits zwei Monate nach Inkrafttreten des Sanierungswerkes der Rentenversicherung ist eine Nachbesserung wiederum notwendig. Berechnungen haben eine weitere Lücke von rd. 9 Milliarden DM bis 1981 ergeben.

Vierter „Sanierungsplan“

Am 14. September 1977 werden in einem vierten „Sanierungsplan“ die Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit in die Jahresmitte 1978 vorverlegt. Wiederum wird von SPD und FDP beteuert: „Die Finanzen der Rentenversicherung sind in Ordnung.“ (Bundesminister Apel am 4. Oktober 1977 bei der Einbringung des Haushalts)

Fünf Monate nach Verabschiedung des Sozialpakets, das nach Angaben der Bundesregierung die „Konsolidierung der sozialen Sicherung“ bringen sollte, sind die Finanzierungsrechnungen der Bundesregierung schon wieder völlig überholt. Neuere Hochrechnungen ergeben bis 1982 mögliche Defizite von 32 Milliarden DM (November 1977). Weitere Sanierungsmaßnahmen werden erforderlich.

Dennoch erklärt der Bundesminister für Arbeit: „Im kommenden Jahr werden keine Finanzierungsprobleme auftreten.“ (6. Dezember 1977 gegenüber der Abendzeitung)

„Die Finanzen der Rentenversicherung seien entscheidend gefestigt, ohne daß es zu einer Belastung der Beitragszahler komme und ohne daß der Besitzstand der Rentner geschmälert werde.“ (Ehrenberg am 12. Januar 1978)

„Der Generationenvertrag hält. Jede Rente wird pünktlich gezahlt, auch in Zukunft, und sie wird auch in Zukunft erhöht.“ (Helmut Schmidt im Januar 1978 vor dem Deutschen Bundestag)

Fünfter „Sanierungsplan“

Nach langem Poker mit allen möglichen Lösungen (Besteuerung, KVdR, Beitrags-erhöhung, Anpassungskürzung) legt Bundesminister Ehrenberg einen fünften Sa-nierungsplan vor, der alle vorher gegebenen Versprechen bricht und mißachtet.

Helmut Schmidt hat eine einfache, zynische Erklärung für das ganze Debakel: „Es sei denn, eine Selbsttäuschung, an der viele beteiligt waren.“ (16. Januar 1978, Spiegel-Interview, Nr. 3/1978)

„Ich gestehe Ihnen, daß ich in langen Jahren der politischen Verantwortung und verschiedenen Aufgaben niemals mehr gelitten habe als im Zeitraum des Erkenntnisprozesses am Ende des Jahres 1976, als wir damals begreifen mußten, daß die Rentenfinanzierungsprognosen nicht stimmten, weil die von uns zugrunde gelegten mehrjährigen Wirtschaftsprognosen nicht mehr stimmten. Zwar hatten wir alle unsere Aussagen zur Rentenpolitik ein knappes halbes Jahr früher erst in intellektueller Redlichkeit geprüft — die Lage war redlich analysiert worden —, ehe wir sie veröffentlicht hatten, aber jetzt standen wir als Irrende da, und einige gar nannten uns Betrüger.“ (Ansprache in München am 27. Januar 1978)